

**Stadt Bergisch Gladbach**  
**Der Bürgermeister**

Datum  
**16.04.2012**  
Ausschussbetreuender Fachbereich  
**Zentraler Dienst 5-10**  
Schriftführung  
Hans-Jörg Fedder  
Telefon-Nr.  
**02202-142865**

## **Niederschrift**

**Integrationsrat der Stadt Bergisch Gladbach**  
**Sitzung am Dienstag, 15.11.2011**

Sitzungsort

**Rathaus Gladbach, Großer Sitzungssaal, Konrad-Adenauer-Platz 1, 51465 Bergisch Gladbach**

Sitzungsdauer (Uhrzeit von / bis)

**17:00 Uhr - 19:43 Uhr**

Unterbrechungen (Uhrzeit von / bis)

Keine

### **Sitzungsteilnehmer**

Siehe beigefügtes Teilnehmersverzeichnis

### **Tagesordnung**

- 1 Eröffnung, Bekanntgabe nicht anwesender Ausschussmitglieder, Feststellung der ordnungsgemäßen und rechtzeitigen Einberufung sowie der Beschlussfähigkeit**
- 2 Besuch des Herrn Wolfgang Bosbach MdB**  
*0524/2011*
- 3 Genehmigung der Niederschrift aus der vergangenen Sitzung - öffentlicher Teil -**
- 4 Bericht über die Durchführung der Beschlüsse**
- 5 Mitteilungen des Vorsitzenden**  
**hier: Protokoll der Hauptausschusssitzung des Landesintegrationsrats am**

**24.09.2011**

- 6**     **Mitteilungen des Bürgermeisters**  
**Umbesetzung im Integrationsrat**  
*0525/2011*
- 7**     **Mitteilungen der Geschäftsstelle**  
**Sitzungstermine 2012**  
*0527/2011*
- 8**     **Projekte zur Umsetzung des Integrationskonzeptes 2011**  
*0526/2011*
- 9**     **Umsetzung des Diskriminierungsschutzes in der Kommune**  
**- Aussprache über das Antwortschreibens des Bürgermeisters -**  
*0528/2011*
- 10**    **Verwendung finanzieller Mittel zur Umsetzung des Integrationskonzeptes**  
**- Weiterführung des Projektes "Ex-Azubi Stammtisch"**  
*0529/2011*
- 11**    **Aktuelles vom Landesintegrationsrat**
- 11.1**  **Aktuelles vom Landesintegrationsrat**  
**Entwurf eines Gesetzes zur Förderung der gesellschaftlichen Teilhabe und Integra-**  
**tion in NRW**  
*0530/2011*
- 11.2**  **Aktuelles vom Landesintegrationsrat**  
**Interkulturelle Öffnung der Verwaltung**  
*0531/2011*
- 12**    **Anträge**
- 12.1**  **Anträge**  
**Durchführung von zwei kulturellen Veranstaltungen 2012**  
*0532/2011*
- 12.2**  **Anträge**  
**Übernahme von Eintrittsgeldern für Asylbewerber**  
*0533/2011*
- 13**    **Presseinformationen**  
*0539/2011*
- 14**    **Bericht aus den Ausschüssen**
- 15**    **Bericht aus den Arbeitskreisen**
- 16**    **Verschiedenes**  
**Reiseangebot im Mai 2012 nach Istanbul**  
*0540/2011*

## **17      Anfragen der Mitglieder des Integrationsrates**

## Protokollierung

1. **Eröffnung, Bekanntgabe nicht anwesender Ausschussmitglieder, Feststellung der ordnungsgemäßen und rechtzeitigen Einberufung sowie der Beschlussfähigkeit**

Der Vorsitzende des Integrationsrates, Herr Iyilik, eröffnet die 7. Sitzung des Integrationsrates und stellt fest, dass der Integrationsrat ordnungsgemäß und rechtzeitig einberufen wurde und beschlussfähig ist. Entschuldigen lassen sich Frau Krämer und Herr Schacht.

Herr Iyilik erklärt, dass der Tagesordnungspunkt 2 bis zum Eintreffen Herrn Bosbachs verschoben wird.

3. **Genehmigung der Niederschrift aus der vergangenen Sitzung - öffentlicher Teil -**

Die Niederschrift wird genehmigt.

4. **Bericht über die Durchführung der Beschlüsse**

Frau Siebenmorgen berichtet, alle Beschlüsse wurden weitergegeben und durchgeführt.

5. **Mitteilungen des Vorsitzenden  
hier: Protokoll der Hauptausschusssitzung des Landesintegrationsrats am  
24.09.2011**

Herr Iyilik kann über das Protokoll hinaus nichts berichten, weil er am 24.09.2011 nicht an der Hauptausschusssitzung des Landesintegrationsrates teilnehmen konnte.

Frau Siebenmorgen verweist auf das geplante Projekt „Umsetzung Interkulturelle Öffnung der Verwaltung“. Dieses Projekt stehe auf der Tagesordnung der heutigen Sitzung.

6. **Mitteilungen des Bürgermeisters  
Umbesetzung im Integrationsrat  
0525/2011**

Herr Iyilik und Frau Siebenmorgen begrüßen unter Beifall des Integrationsrates Frau Koshofer als neues Mitglied.

7. **Mitteilungen der Geschäftsstelle  
Sitzungstermine 2012  
0527/2011**

Frau Siebenmorgen verweist auf die Bekanntgabe der Sitzungstermine für 2012 per Mail und im Rahmen der Vorlage. Die erste Sitzung am 27.03.2012 findet in den Räumen des Jugendmigrationsdienstes in der Dr.-Robert-Koch-Str. 8, 51465 Bergisch Gladbach statt.

Frau Hartwig und Herr Yildiz sind aus dem Stadtgebiet Bergisch Gladbachs weggezogen und damit kraft Gesetzes aus dem Integrationsrat ausgeschieden. Um Nachbesetzungen nicht erst Monate später durchführen zu können, bittet sie darum, Umzüge in andere Städte und Gemeinden frühzeitig mitzuteilen. Nachrückten werden Herr Obrezkin für Frau Hartwig und Herr Tecim für Herrn Yildiz. Beide werden angeschrieben, ob sie die Nachfolge antreten.

**8. Projekte zur Umsetzung des Integrationskonzeptes 2011**  
*0526/2011*

Die Vorlage zu diesem Punkt wurde per Post nachgeschickt. (*Die Vorlage ist der Niederschrift beigefügt.*)

Frau Siebenmorgen erläutert die Vorlage.

Auf Anfrage von Frau Schöttler-Fuchs erklärt Frau Siebenmorgen, dass der Integrationsrat der Übernahme des Konzeptes „Ex-Azubi-Stammtisch“ letztes Jahr zugestimmt habe. Für dieses Jahr gebe es ein neues Konzept. Hierzu verweist sie auf Tagesordnungspunkt 10. Dem Zwischenbericht sei die hervorragende Arbeit für die Stadt Bergisch Gladbach zu entnehmen. Daher bestehe die Absicht, die Arbeit weiter zu führen, sofern die Finanzierung sichergestellt ist. Die Finanzierung erfolge aus Mitteln für das Integrationskonzept, nicht aus dem Budget des Integrationsrates.

Frau Münzer und Frau Koshofer bemängeln, dass der Name „Ex-Azubi-Stammtisch“ nichts über das Projekt aussage. Wer das Projekt nicht kennt, habe falsche Vorstellungen von der tatsächlichen Arbeit. Ihre Fraktion wünsche sich eine Änderung des Namens. Sie Benennung solle einen Rückschluss auf die inhaltliche Arbeit zulassen. Die Bezeichnung *Stammtisch* klinge nicht nach einem seriösen Projekt.

Dazu merkt Frau Siebenmorgen an, beim Ex-Azubi-Stammtisch handele es sich um *einen* Baustein im Projekt AiM (Ausbildung in Migrantenbetrieben). Im anhängenden Konzept werde das Projekt beschrieben. Es stehe nicht im Ermessen der Stadt oder des Integrationsrates, ein Projekt der Caritas umzubenennen. Sie sage aber zu, sich mit der Caritas dieserhalb in Verbindung zu setzen.

**2. Besuch des Herrn Wolfgang Bosbach MdB**  
*0524/2011*

Herr Iyilik begrüßt Herrn Bosbach im Namen des Integrationsrates.

Herr Bosbach bedankt sich für die Einladung und geht zunächst auf die Geschichte des damaligen Ausländerbeirates in Bergisch Gladbach ein. Der Bereich Zuwanderung und Integration wurde zum einen von der Fehleinschätzung geprägt, die Zuwanderer würden nach ihrer Arbeitsleistung in ihre Heimatländer zurückkehren; zum anderen, in der zweiten und dritten Generation würde sich Integration wie von selbst vollziehen. Im Zusammenhang mit dieser zweiten Fehleinschätzung würde übersehen, dass millionenfach Integration bestens gelungen sei. Probleme gebe es insbesondere in Bereichen mit einer großen Konzentration an Zuwanderern.

Zur Förderung der Integration in der zweiten und dritten Generation habe der Bund vor fünf Jahren begonnen, Sprach- und Integrationskurse einzurichten. Dafür würden jährlich etwa 210 Mio. € ausgegeben. Wo es keine Verpflichtung zum Besuch eines solchen Kurses gebe, seien alle Erwartungen übertroffen worden. Sei der Besuch eines Kurses zum Beispiel im Rahmen einer Eingliederungsvereinbarung nach SGB IV verpflichtend, würden viele Teilnehmer nicht kommen oder die Teilnahme abbrechen. Die Kurse wurden von einer außenstehenden Firma überprüft und bewertet. Als Folge dieser Überprüfung wurde die Integrationskursverordnung geändert.

Herr Farber hält die Integration ebenfalls im Wesentlichen für gelungen. Schon zu Beginn der Migration besuchte ein Großteil der Migrantenkinder (42 %) die Hauptschule, aber nur 8 % das Gymnasium. Daran habe sich bis heute nichts Grundlegendes geändert. Die Bildungschancen ausländischer Schüler seien laut einem OECD- und einem PISA-Bericht in Deutschland am schlechtesten von allen Industrienationen.

Herr Bosbach ist die Studie bekannt. Allerdings seien z. B. die Schulerfolge vietnamesischer Kinder wesentlich besser als die von deutschen Kindern. Zwar könne der Staat Unterstützung anbieten. Aber für den Schulerfolg maßgeblich sei das Bildungsinteresse der Eltern. Auch der Besuch einer Kindertagesstätte und die soziale Situation der einzelnen Familie seien von Bedeutung.

Herr Basyigit und Herr Bosbach verweisen auf die massenhafte Abwanderung von Fachkräften. Dieses Jahr sei mit 150.000 Auswanderern zu rechnen. Nach Auffassung Herrn Bosbachs liege dies an der höheren Attraktivität anderer Länder, z. B. an besserer Bezahlung und besseren Aufstiegschancen. Viele Türkischstämmige würden in die boomende Türkei gehen. Für die Türkei vorteilhaft wirke sich aus, dass dieser Personenkreis in beiden Kulturkreisen zuhause sei.

Herr Kalkan hält die Empfehlungen der Lehrer für den Besuch weiterführender Schulen von Kindern mit Migrationshintergrund oft für falsch. Herr Bosbach erklärt, zuständig für Schulangelegenheiten seien die Länder.

Frau Münzer verweist auf gute im Ausland erworbene Ausbildungen, die aber in Deutschland nicht anerkannt werden.

Dazu weist Herr Bosbach auf das bereits verabschiedete „Gesetz zur erleichterten Anerkennung von Berufsabschlüssen“ hin. Es gebe ein pauschaleres Prüfungs- und Anerkennungsverfahren. Die Anerkennung selbst bleibe Ländersache. Der Berufszugang war in den Bundesländern zum Teil sehr unterschiedlich. Auch wegen des Fachkräftemangels habe Deutschland ein großes Interesse an der Anerkennung ausländischer Berufsabschlüsse. Hinzuweisen sei aber auch auf die zum Teil sehr unterschiedlichen beruflichen Anforderungen.

Frau Schneider verweist auf geringere Chancen von Mädchen im Ausbildungsbereich, auch wenn sie bessere Schulabschlüsse hätten als Jungen. Ein Grund dafür seien Zwangsheiraten.

Sie berichtet über ein Interview mit drei jungen türkischstämmigen Deutschen, die in Deutschland trotz guter Ausbildung keine Chancen hatten und dann in die Türkei gingen. Dort seien sie mit Kusshand aufgenommen worden.

Bei der Erstellung des Integrationskonzeptes habe Frau Fahner eine Studie zur Chancengleichheit ausländischer Jugendlicher in Schule und Beruf vorgelegt. Diese Studie beschreibe eindeutig, wie viel schlechter ausländische Mädchen trotz besserer Abschlüsse gegenüber ausländischen Jungen gestellt würden.

Für Herrn Bosbach sind die Gründe für die schlechteren Chancen (Schulabschlüsse, Diskriminierung) maßgeblich. Angesichts der Anerkennung der „Handschuh-Ehe“ durch die Bundesrepublik seien Zwangsheiraten nicht weiter verwunderlich. Bei dieser Form der Eheschließung erscheinen die Ehepartner nicht vor dem Standesamt, sondern lassen sich vertreten.

Herr Bosbach kennt die von Frau Schneider genannte Studie nicht. Er hält es für entscheidend, worauf die Benachteiligung beruht. Wenn er die Studie bekomme, sei er auch bereit, die Frage zu beantworten.

Es gebe kein Ministerium, das sich um Zuwanderung und Integration bemüht. Die Einrichtung eines solchen Ministeriums sei nicht Sache des Parlaments, sondern der Regierung.

Nicht scheitern solle nach seiner Meinung die Zuwanderung einer benötigten Fachkraft an der Erwerbstätigkeit der mitreisenden Ehepartnerin.

Herr Kalkan verweist auf die zu geringe Entlohnung von Leiharbeitern. Immer mehr Firmen würden Leiharbeitern beschäftigen, die nach kurzer Zeit nicht mehr gebraucht würden. In diesen Firmen würden Leiharbeiter für die gleiche Arbeit nur halb so viel wie die Stammbesellschaft verdienen. Dem müsse ein Riegel vorgeschoben werden. Eine Änderung könne z. B. durch die Einführung eines Mindestlohnes erfolgen.

Herr Bosbach verweist auf die Tarifverträge in dieser Branche. Die Stundenlöhne seien tatsächlich geringer als für die Stammbesellschaft. Wo es keinen Tarifvertrag gibt, solle eine Lohnuntergrenze nach Maßgabe des Grundlohnes bei der Zeitarbeit eingeführt werden. Der Zeitarbeitgeber müsse seine Arbeitnehmer auch dann bezahlen, wenn er ihn nicht entleihen könne. Problematisch sei, wenn die Stammbesellschaft zugunsten von Leiharbeitern reduziert wird. Gewollt sei die Leiharbeit ursprünglich für Auftragsspitzen gewesen.

Frau Schneider findet die ursprünglichen Absichten der Leiharbeit aner kennenswert. Inzwischen würden aber Firmen ihre Stammbesellschaft entlassen und durch Leiharbeiter ersetzen und auf Dauer für weniger als die Hälfte des Tariflohnes beschäftigen. Sie teile die Auffassung, dass dies durch Gesetz unterbunden werden müsse.

Herr Bosbach hält dies für möglich. Dadurch würde Leiharbeit aber für den Leiharbeitgeber noch teurer als für den Arbeitgeber der Stammbesellschaft. Kein Arbeitgeber könne dazu gezwungen werden, zu diesem Lohn jemanden einzustellen.

Herr Adjano ist der Auffassung, die zu geringen Einstellungszahlen von Fachkräften mit Migrationshintergrund in Kommunen verletze die Chancengleichheit. Nach seiner Erfahrung würden Menschen mit Migrationshintergrund erst eingestellt, wenn keine anderen Bewerber mehr zur Verfügung stehen. Manche Arbeitgeber würden sich auf gesetzliche Bestimmungen zurückziehen.

Herr Bosbach bestreitet, dass es solche Gesetze gibt. Im öffentlichen Dienst sind nur Eignung, Befähigung und fachliche Leistung Einstellungsvoraussetzung. In der freien Wirtschaft habe der Staat aber keinen Einfluss darauf, wer wen einstelle. Gerade im öffentlichen Dienst bestehe Chancengleichheit und sogar ein Klagerecht für Bewerber, die einen Verstoß gegen die Kriterien annehmen. Einen Vorrang für inländische Arbeitslose gebe es, wenn jemand einreisen möchte, um zu arbeiten. Als inländischer Arbeitsloser gelte auch jemand mit Migrationshintergrund. Zweite Ausnahme ist die Schwerbehindertenquote, für die die Nationalität ebenfalls egal sei.

Frau Kara berichtet, sie seit zehn Jahren als Leiharbeiterin in einem großen Kölner Unternehmen in derselben Abteilung beschäftigt. Es würden viele Akademiker als Leiharbeiter – meist aus Osteuropa – beschäftigt, die viel weniger als einheimische Akademiker verdienen. Andererseits wandern Akademiker, die hier studiert haben, aus, weil sie keine Stelle finden. Sie spricht sich für eine gesetzliche Regelung aus, nach der Leiharbeiter nach einer gewissen Beschäftigungsdauer bei derselben Firma fest angestellt werden müssen.

Herr Bosbach hält dies wegen der Vertragsfreiheit nicht für möglich. Der Gesetzgeber könne keine Firma gesetzlich zwingen, jemanden zu beschäftigen.

Für Herrn Karakus fehlt ein Tarifvertrag mit einer Gewerkschaft, die nicht nur als „Briefkastenfirma“ fungiert. Beispielhaft erklärt er, bei einer bekannten Bergisch Gladbacher Firma würden Arbeiter für mtl. 900 € brutto beschäftigt. Er sagt zu, den einschlägigen Tarifvertrag zu besorgen und Herrn Bosbach weiterzuleiten.

Herr Bosbach hält einen Bruttolohn von unter 5 € nicht für zulässig. Er erklärt weiter, Tarifverträge könne nur jemand abschließen, der tarifmächtig sei, also z. B. Streiks organisieren könne. Dies sei bei „Briefkastengewerkschaften“ nicht möglich.

Es gebe ein Urteil des Bundesarbeitsgerichts zur CGZP mit einigen 10.000 Mitgliedern. In diesem Urteil wurde der von der CGZB abgeschlossene Tarifvertrag für nichtig erklärt mit der Folge, dass die Arbeitgeber rückwirkend bis zur Verjährungsfrist gleiche Bezahlung bekommen. Beim letzten Tarifvertrag der AMP wurde der Grundlohn auf 7,80 € festgelegt.

Frau Scheerer erinnert an die Zwickauer Terrorzelle und den Anschlag in der Keupstraße in Köln-Mülheim. In den Berichten der letzten Jahre sei der Rechtsextremismus nicht richtig beachtet worden.

Aus ihrer Arbeit an einer Schule wisse sie um die Schwierigkeiten ihrer Schüler mit Migrationshintergrund, in eine Ausbildung zu kommen. Es gab ein Projekt von Firmen mit Bewerbungen ohne Namen und ohne Bild. Ergebnis dieses Projektes war, dass mehr Bewerber mit ausländischen Namen zu Bewerbungsgesprächen eingeladen wurden. Dies spiele auch für den erwarteten Facharbeitermangel eine Rolle.

Sie sei auch der Auffassung, dass Deutschland dazu kommen müsse, Einwanderungsland zu sein.

Herr Bosbach meint, für die Diskussion um Deutschland als Einwanderungsland gebe es verschiedene Ansatzpunkte. Nach seinem Verständnis ist ein Land kein Einwanderungsland, wenn es nicht um Einwanderung wirbt. Seit Jahren gebe es keine Nettozuwanderung mehr nach Deutschland.

Zum zivilgesellschaftlichen Engagement verweist Herr Bosbach darauf, dass für die Bekämpfung des Rechtsextremismus 17 Mio. € und für die Bekämpfung des Linksextremismus 5 Mio. € ausgegeben werden. Es wurden sechs rechtsextremistische Organisationen verboten und eine Fülle von Razzien durchgeführt. In jedem Verfassungsschutzbericht wird vor rechtsextremem Gewalt gewarnt.

Zu Anmerkungen Frau Karas zu den Untersuchungen zum Bombenattentat in der Keupstraße erklärt Herr Bosbach, die Sonderkommission sei nach anderthalb Jahren aufgelöst worden. Ermittelt wurde bis in die jüngste Zeit.

Herr Bosbach bedankt sich für die Aufmerksamkeit; der Integrationsrat bedankt sich unter Beifall für Herrn Bosbachs Ausführungen.

**9. Umsetzung des Diskriminierungsschutzes in der Kommune  
- Aussprache über das Antwortschreibens des Bürgermeisters -  
0528/2011**

Frau Siebenmorgen erläutert die Vorlage.

Die Vorlage wird zur Kenntnis genommen.

**10. Verwendung finanzieller Mittel zur Umsetzung des Integrationskonzeptes  
- Weiterführung des Projektes "Ex-Azubi Stammtisch"  
0529/2011**

Diese Vorlage wurde auf die Tische verteilt. *(Die Vorlage ist der Niederschrift als Anlage beige-fügt.)*

Frau Schneider begrüßt den Verwaltungsvorschlag; das Vorhaben sei unterstützenswert. Die Arbeit der Ex-Azubis sei hervorragend.



Der Integrationsrat fasst folgenden

Beschluss: (einstimmig bei einer Enthaltung)

Der geplanten Weiterführung des Projektes wird vorbehaltlich der Finanzierung zugestimmt.

**11. Aktuelles vom Landesintegrationsrat**

**11.1. Aktuelles vom Landesintegrationsrat  
Entwurf eines Gesetzes zur Förderung der gesellschaftlichen Teilhabe und Integration in NRW  
0530/2011**

Die Vorlage wird zur Kenntnis genommen.

**11.2. Aktuelles vom Landesintegrationsrat  
Interkulturelle Öffnung der Verwaltung  
0531/2011**

Frau Siebenmorgen erklärt, im Rahmen dieses Projektes wolle der Landesintegrationsrat den aktuellen Sachstand der einzelnen Mitgliedskommunen ermitteln. Den Fragebogen habe sie bereits an die Verwaltung weitergeleitet. Sie bitte um Zustimmung, dieses Verfahren weiter zu betreiben. Sie erinnert an den Versuch zu ermitteln, wie viele Personen mit Migrationshintergrund bei der Stadt Bergisch Gladbach beschäftigt sind. Eine Befragung auf freiwilliger Basis habe ergeben, dass 97 von 1.038 Beschäftigten einen Migrationshintergrund haben. Der Fragebogen der LAGA sei weitgehender. Diese Recherche werde sehr aufwändig. Sie wolle der Verwaltung mitteilen, dass der Integrationsrat der Stadt Bergisch Gladbach hinter dem Anliegen des Landesintegrationsrates steht.

Im Integrationsrat besteht Einvernehmen, so zu verfahren.

**12. Anträge**

**12.1. Anträge  
Durchführung von zwei kulturellen Veranstaltungen 2012  
0532/2011**

Herr Farber begründet den Antrag. Frau Schneider unterstützt den Antrag und erinnert wie Herr Iyilik auch an das gut besuchte Konzert im letzten Jahr. In solchen Konzerten sieht sie die Möglichkeit, Menschen andere Kulturen nahe zu bringen. Sie begrüßt, dass Frau Saydam im geplanten Konzert auch türkische Lieder singt.

Frau Münzer erinnert daran, dass der Integrationsrat letztes Jahr einiges Geld für kulturelle Veranstaltungen ausgegeben habe. Es bestand Einvernehmen darüber, im nächsten Jahr den Schwerpunkt auf andere Dinge zu setzen. Bei dem geringen Etat des Integrationsrates seien 2 x 500,-€ viel Geld. Auf Nachfrage Frau Schneiders verweist sie auf eine Vielzahl anderer Möglichkeiten, die während der Klausurtagung besprochen wurden, z. B. Öffentlichkeitsarbeit und Angebote für Kinder und Jugendliche während der Ferienzeiten.

Frau Schöttler-Fuchs möchte beiden Anliegen gerecht werden. Während zu Frau Saydam bereits Kontakte bestünden, müssten Angebote für Kinder und Jugendliche erst aufgebaut werden.

Frau Siebenmorgen erinnert an Überlegungen, das Budget für 2012 zu gleichen Teilen für kulturelle Veranstaltungen, Öffentlichkeitsarbeit und verschiedene Anträge z. B. aus den Vereinen auszugeben. Die Höhe des Budgets stehe noch nicht fest; es unterliege dem Korridor.

Herr Schütz befürwortet einen möglichst effizienten Einsatz des zur Verfügung stehenden geringen Etats. Der gute Besuch eines Konzertes sage noch nichts über seine Nachhaltigkeit. Er bittet um eine Aufstellung der bereits verplanten Mittel. Außerdem befürwortet er eine Finanzplanung für 2012, bei der noch Geld für sinnvolle Maßnahmen am Ende des Jahres zur Verfügung steht.

Frau Siebenmorgen verweist auf gute Projekte im kulturellen Bereich und im Sommerferienprogramm. Außerdem wurde ein Antrag der Schule Ahornweg unterstützt. Das Fest der Kulturen sei ein Nachfolgeprojekt des Tags der Vereine. Darin sehe sie eine Nachhaltigkeit. Die kulturellen Veranstaltungen hätten viele Menschen der unterschiedlichsten Nationalitäten angesehen.

Herr Farber verweist darauf, die größte Gruppe Menschen ausländischer Herkunft seien Türken. Gegen sie bestehen auch die meisten Vorurteile. Es sei durchaus sinnvoll, in diesem Bereich mehr zu investieren. Er halte auch den beschlossenen Tag für Afrika für sehr gut.

Der Integrationsrat fasst folgenden

Beschluss: (mehrheitlich gegen zwei Stimmen)

Der Antrag Herrn Farbers, Herrn Iyiliks und Herrn Schachts, im Frühjahr oder Herbst 2012 parallel zwei Konzerte mit türkischen Künstlern zu organisieren und jedes dieser beiden Konzerte mit 500 € zu bezuschussen, wird angenommen.

**12.2. Anträge**  
**Übernahme von Eintrittsgeldern für Asylbewerber**  
*0533/2011*

Der Antrag wurde zurückgezogen.

**13. Presseinformationen**  
*0539/2011*

Frau Siebenmorgen und Herr Farber erinnern an den Vortrag Herrn Farbers aus der letzten Sitzung zu „Politically Incorrect“.

**14. Bericht aus den Ausschüssen**

Es werden keine Berichte vorgetragen.

**15. Bericht aus den Arbeitskreisen**

Frau Siebenmorgen berichtet, am 05.12.2011 tage um 19.00 Uhr der Arbeitskreis „Dialog der Religionen“ das nächste Mal. Für diesen Termin habe sie den großen Ratssaal reserviert. Herr Kiriakidis werde dazu einladen.

**16. Verschiedenes**  
**Reiseangebot im Mai 2012 nach Istanbul**  
*0540/2011*

Herr Farber berichtet, die Reise sei bereits ausgebucht.

**17. Anfragen der Mitglieder des Integrationsrates**

Frau Schöttler-Fuchs verweist auf die Vorgabe des Landesintegrationsgesetzes, wonach die RAA-Stellen Integrationsstellen werden sollen. Auf ihre Anfrage hin berichtet Frau Dr. Caperle (RAA), dass es sich bei der RAA um eine Einrichtung des Kreises handelt. Die Überleitung von der RAA zum kommunalen Integrationszentrum sei eine politische Entscheidung, die noch ausstehe. Sehe das Gesetz die Umsetzung vor, werde sie durch Verordnung geregelt.

Frau Münzer greift den Vorschlag Herrn Schütz' auf und möchte wissen, ob für die nächste Sitzung des Integrationsrates eine Projektliste erstellt werden kann, mit der eine Budgetierung vorgenommen wird. Die Liste soll in Form eines Antrages mit der schon angesprochenen Drittel-Regelung erfolgen. Die Integrationsratsmitglieder mögen ihre Vorschläge bei Frau Siebenmorgen einreichen. Der Integrationsrat muss dann entscheiden, wie und von wem die Vorschläge im Laufe des Jahres 2012, ggfs. auch im Jahr 2013 umgesetzt werden können. Vorschläge werden bis Anfang Februar erbeten.

Frau Siebenmorgen bittet Herrn Adjano darum, bis dahin eine Kostenaufstellung für den Afrika-Tag zusammenzustellen.

Frau Schneider und Herr Farber unterstützen Frau Münzers Vorschlag. Während der anstehenden Vorstandssitzung könne über mögliche Vorstellungen nachgedacht werden. Herr Farber ist der Auffassung, der Schwerpunkt solle auf Veranstaltungen gelegt werden, die der Integrationsrat selbst organisiert.

Herr Iyilik schließt die Sitzung des Integrationsrates um 19.43 Uhr.

---

Iyilik  
Vorsitzender

---

Fedder  
Schriftführer

---

Basyigit  
Mitunterzeichner